Stand: 13.12.2025 08:17:48

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/25938

"Bericht: Warum stockt der Ganztagsausbau in Bayern?"

---

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/25938 vom 17.01.2023
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/27923 des BI vom 16.02.2023
3. Plenarprotokoll Nr. 139 vom 22.03.2023
4. Beschluss des Plenums 18/28499 vom 18.04.2023
5. Plenarprotokoll Nr. 143 vom 18.04.2023

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 17.01.2023 **Drucksache** 18/**25938**

# Antrag

der Abgeordneten **Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika Sandt, Alexander Muthmann** und **Fraktion (FDP)**

**Bericht: Warum stockt der Ganztagsausbau in Bayern?**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Ausschuss für Bildung und Kultus umgehend zu folgenden Punkten mündlich zu berichten:

– Wie erklärt die Staatsregierung, dass der Freistaat Bayern als einziges Bundesland über 80 Prozent der Mittel nicht abgerufen hat, die ihm aus dem Investitionsprogramm zum beschleunigten Infrastrukturausbau der Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder zustanden (Stand 21.12.2022 – vgl. BT-Drs. 20/5018)? In welcher Höhe sind dem Freistaat letztlich Fördermittel durch versäumten Abruf aus dem nochmals bis zum Jahresende 2022 verlängerten Investitionsprogramm entgangen (bitte auf beantragte, bewilligte und ausgezahlte Mittel zum aktuellen Stand eingehen)? Wer trägt hierfür die Verantwortung? Vor welchem Hintergrund gab es im Haushaltsjahr 2022 mehr Rückzahlungen als abgerufene Mittel aus dem Investitionsprogramm in Bayern? Welche Probleme an den bayerischen Förderprogrammen sind bekannt?

– Welche Maßnahmen können durch die abgerufenen Mittel aus dieser Bundesförderung auf den Weg gebracht werden? Welche Anzahl an zusätzlichen Ganztagsplätzen kann durch die neue Infrastruktur voraussichtlich geschaffen werden? Wie wird deren Qualität gesichert? Wie hoch wird der aktuelle Investitionsstau beim Infrastrukturausbau für die Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder in Bayern eingeschätzt? Kann dem Investitionsstau bis zur Umsetzung des Rechtsanspruchs ab 2026 ausreichend entgegengewirkt werden? Falls nein, seit wann ist dieser Umstand der Staatsregierung bekannt?

– Wie hat sich die Förderkulisse in Bayern hinsichtlich der Förderprogramme, Förderziele und abgerufenen Mittel seit dem Abschluss des Koalitionsvertrages auf Bundesebene Anfang 2018 mit dem damals für 2025 geplanten Rechtsanspruch verändert? Wie hat sich die Staatsregierung ansonsten seitdem zur Zielerreichung eines Ganztags-Rechtsanspruches auf Landes- und Bundesebene verhalten? Wie ordnet sie vor diesem Hintergrund die jüngste Kritik vonseiten der kommunalen Spitzenverbände ein?

**Begründung:**

Der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung von Grundschulkindern bedeutet neben der Vereinbarkeit von Familie und Beruf für viele Kinder Chancengerechtigkeit auf ihrem Bildungsweg. Der Bildungsmonitor der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft GmbH (INSM) 2021 bestätigte, dass Bayern beim im bundesweiten Vergleich eine unterdurchschnittliche Quote von Ganztagsschülern im Grundschul- sowie im Sekundarbereich vorweisen konnte.

Im Jahr 2021 hat die damalige Bundesregierung unter Beteiligung der CSU das Ganztagsförderungsgesetz auf den Weg gebracht, welches im Herbst 2021 beschlossen

*Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.*

wurde. Der im Koalitionsvertrag der „Großen Koalition“ angestrebte Beginn des Rechtsanspruchs wurde in diesem Gesetz bereits von 2025 auf 2026/2027 verschoben. Ende 2020 hat der Bund in einem ersten Schritt 750 Mio. Euro, sogenannte Beschleunigungsmittel, bereitgestellt. Der Förderzeitraum für das Investitionsprogramm zum beschleunigten Infrastrukturausbau der Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder wurde aufgrund von Problemanzeigen aus verschiedenen Ländern an den Bund in Bezug auf Verzögerungen von bewilligten Baumaßnahmen um ein Jahr bis zum 31.12.2022 verlängert.

Nach Angaben einer Kleinen Anfrage der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vom 21.12.2022 (vgl. BT-Drs. 20/5018) hat der Freistaat bis zum selbigen Datum lediglich 18,64 Prozent (21,76 Mio. Euro) der zur Verfügung gestellten Mittel in Höhe von über 116 Mio. Euro aus dem Investitionsprogramm abgerufen. Damit ist der Freistaat beim Mittelabruf bundesweit mit großem Abstand das Schlusslicht. Bremen, Hamburg, Baden-Württemberg, Saarland und Sachsen-Anhalt haben im gleichen Zeitraum bis zu 100 Prozent der Fördermittel abgerufen. Die bis zum Ende des Jahres 2022 nicht abgerufenen Mittel überträgt das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zwar in das errichtete Sondervermögen. Diese Mittel werden jedoch nach dem Königsteiner Schlüssel an die Länder erteilt. Deshalb ist zu erwarten, dass dem Freistaat vermutlich weniger Mittel für den Ausbau der Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder zur Verfügung stehen werden.

Vor diesem Hintergrund wird die Staatsregierung aufgefordert, dem Ausschuss für Bildung und Kultus umgehend darüber zu berichten, woraus der niedrige Mittelabruf aus dem Investitionsprogramm resultiert, welcher finanzieller Schaden durch die nicht abgerufenen Fördermittel dem Freistaat entsteht, wie hoch der Investitionsstau beim Infrastrukturausbau für die Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder in Bayern ist und warum es im Haushaltsjahr über 27 Mio. Euro Rückflüsse (und somit mehr Rückzahlungen als abgerufene Mittel) zum Investitionsprogramm aus Bayern gab.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 16.02.2023 **Drucksache** 18/**27923**

# Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Bildung und Kultus**

**Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)**
Drs. 18/**25938**

**Bericht: Warum stockt der Ganztagsausbau in Bayern?**

## I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Matthias Fischbach**
Mitberichterstatterin: **Gudrun Brendel-Fischer**

## II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Bildung und Kultus federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 72. Sitzung am 16. Februar 2023 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

| | |
|---|---|
| CSU: | Ablehnung |
| B90/GRÜ: | Zustimmung |
| FREIE WÄHLER: | Ablehnung |
| AfD: | Zustimmung |
| SPD: | Zustimmung |
| FDP: | Zustimmung |

Ablehnung empfohlen.

**Tobias Gotthardt**
Stellvertretender Vorsitzender

*Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.*

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Alexander Hold

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold**: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

**Abstimmung**

**über eine Verfassungsstreitigkeit und Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)**

Vorab ist über zwei Anträge gesondert abzustimmen.

Zunächst lasse ich über den Antrag der FDP-Fraktion betreffend "Containern nicht grundsätzlich strafrechtlich verfolgen" auf Drucksache 18/25920 abstimmen. Der federführende Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration empfiehlt die Ablehnung.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag der FDP-Fraktion zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der FDP sowie die fraktionslosen Abgeordneten Busch, Plenk und Klingen. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und der CSU, die AfD-Fraktion und der fraktionslose Abgeordnete Bayerbach. Stimmenthaltungen? – Bei Stimmenthaltung des fraktionslosen Abgeordneten Swoboda. Hiermit ist dieser Antrag abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Antrag von Abgeordneten der SPD-Fraktion betreffend "Lehrkräftemangel bekämpfen VII: Flächendeckend Systemadministratoren einstellen" auf Drucksache 18/26331. Der federführende Ausschuss für Bildung und Kultus empfiehlt Ablehnung.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag von Abgeordneten der SPD-Fraktion zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD, von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP sowie die fraktionslosen Abgeordneten Busch und Swoboda. Gegenstimmen! – Bei Gegenstimmen der CSU-Fraktion, der Fraktion FREIE WÄHLER, der AfD-Fraktion sowie der fraktionslosen Abgeordne-

ten Bayerbach, Klingen und Plenk. Stimmenthaltungen? – Sehe ich keine. Hiermit ist der Antrag abgelehnt.

Wir kommen nun zur Gesamtabstimmung über die Liste. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD, der FREIEN WÄHLER, die CSU-Fraktion, die AfD-Fraktion und die FDP-Fraktion. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Keine. Dann die Frage an die fraktionslosen Abgeordneten: Jeweils Enthaltung? – Das sind die fraktionslosen Abgeordneten Bayerbach, Klingen, Plenk und Swoboda, die sich jeweils enthalten. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

# Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über eine Verfassungsstreitigkeit und die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 3)

Es bedeuten:

| | |
|---|---|
| (E) | einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses |
| (G) | Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen |
| (ENTH) | Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder<br>Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss |
| (A) | Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder<br>Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss |
| (Z) | Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss |

**Verfassungsstreitigkeit**

1. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 2. Februar 2023 (Vf. 7-VII-22) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit
1. des Gesetzes zur Änderung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen vom 23. Juli 2021 (GVBl. S. 432),
2. des § 1 Nr. 2 der Verordnung zur Änderung der Bayerischen Schulordnung und weiterer Verordnungen vom 8. Juli 2021 (GVBl. S. 479)

PII-G1310.22-0018
Drs. 18/27891 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
II. Der Antrag ist unzulässig, jedenfalls aber unbegründet.
III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Josef Schmid bestellt.

| CSU | GRÜ | FREIE WÄHLER | AfD | SPD | FDP |
|---|---|---|---|---|---|
| Z | Z | Z | A | Z | Z |

**Anträge**

2. Antrag der Abgeordneten Thomas Huber, Dr. Ute Eiling-Hütig, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Stärkerer Schutz von Prostituierten I – Ausbau der Präventions- und Beratungsangebote
Drs. 18/24856, 18/27823 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

| CSU | GRÜ | FREIE WÄHLER | AfD | SPD | FDP |
|---|---|---|---|---|---|
| Z | Z | Z | Z | Z | A |

3. Antrag der Abgeordneten Thomas Huber, Dr. Ute Eiling-Hütig, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Stärkerer Schutz von Prostituierten II – Ausweitung der Schutzmaßnahmen für Prostituierte sowie des Prostitutionsverbotes
Drs. 18/24857, 18/27893 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

| CSU | GRÜ | FREIE WÄHLER | AfD | SPD | FDP |
|---|---|---|---|---|---|
| Z | ENTH | Z | Z | ENTH | A |

4. Antrag der Abgeordneten Thomas Huber, Dr. Ute Eiling-Hütig, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Stärkerer Schutz von Prostituierten III – Menschenhandel und Zwangsprostitution
Drs. 18/24858, 18/27894 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

| CSU | GRÜ | FREIE WÄHLER | AfD | SPD | FDP |
|---|---|---|---|---|---|
| Z | ENTH | Z | Z | ENTH | A |

5. Antrag der Abgeordneten Thomas Huber, Dr. Ute Eiling-Hütig, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Stärkerer Schutz von Prostituierten IV – Ausweitung der Schutzmaßnahmen
Drs. 18/24859, 18/27895 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

| CSU | GRÜ | FREIE WÄHLER | AfD | SPD | FDP |
|---|---|---|---|---|---|
| Z | ENTH | Z | Z | ENTH | A |

6. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Energie für Bayern V: Nationale $CO_2$-Abgabe auf Kohle nicht einführen
Drs. 18/25163, 18/27909 (A)

**Über den Antrag wird gesondert beraten.**

7. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Energie für Bayern VI:
Nationale $CO_2$-Abgabe auf Müllverbrennung nicht einführen
Drs. 18/25164, 18/27910 (A)

**Über den Antrag wird gesondert beraten.**

8. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FDP)
Situation von Prostituierten in Bayern verbessern I: Prostituierte brauchen Schutz statt Gängelung
Drs. 18/25343, 18/27811 (A)

**Über den Antrag wird gesondert beraten.**

9. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FDP)
Situation von Prostituierten in Bayern verbessern II:
Beratungsstrukturen schaffen und berufliche Neuorientierung stärken
Drs. 18/25344, 18/27812 (A)

**Über den Antrag wird gesondert beraten.**

10. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FDP)
Situation von Prostituierten in Bayern verbessern III: Gesundheitliche Versorgung von Prostituierten ausbauen
Drs. 18/25345, 18/27813 (A)

**Über den Antrag wird gesondert beraten.**

11. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FDP)
Situation von Prostituierten in Bayern verbessern IV: Wissenschaftliche Basis schaffen
Drs. 18/25346, 18/27814 (A)

**Über den Antrag wird gesondert beraten.**

12. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FDP)
Situation von Prostituierten in Bayern verbessern V: S chutz vor sexueller Ausbeutung
Drs. 18/25347, 18/27896 (A)

**Über den Antrag wird gesondert beraten.**

13. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FDP)
Situation von Prostituierten in Bayern verbessern VI: Schutz und Unterstützung von Betroffenen von Zwangsprostitution und sexueller Ausbeutung
Drs. 18/25348, 18/27897 (A)

**Über den Antrag wird gesondert beraten.**

14. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gabriele Triebel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Lückenlose Aufklärung aller Fälle des sexualisierten Missbrauchs an Kindern und Jugendlichen in kirchlichen Einrichtungen: Dunkel- und Hellfeldstudien jetzt in Auftrag geben!
Drs. 18/25459, 18/27865 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

| CSU | GRÜ | FREIE WÄHLER | AfD | SPD | FDP |
|---|---|---|---|---|---|
| A | Z | A | ENTH | Z | Z |

15. Antrag der Abgeordneten Thomas Huber, Prof. Dr. Gerhard Waschler, Petra Guttenberger u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Robert Riedl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Datenübermittlung zwischen Schule und Berufsberatung erleichtern
Drs. 18/25485, 18/27887 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

| CSU | GRÜ | FREIE WÄHLER | AfD | SPD | FDP |
|---|---|---|---|---|---|
| Z | Z | Z | Z | Z | Z |

16. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Eva Lettenbauer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Prostitutionsschutzgesetz in Bayern: Sexarbeiterinnen und Sexarbeiter schützen, Zwangsprostitution und Menschenhandel abwehren!
Drs. 18/25746, 18/27898 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

| CSU | GRÜ | FREIE WÄHLER | AfD | SPD | FDP |
|---|---|---|---|---|---|
| A | Z | A | A | Z | ENTH |

17. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Christoph Skutella, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FDP)
Containern nicht grundsätzlich strafrechtlich verfolgen
Drs. 18/25920, 18/27903 (A)

**Über den Antrag wird einzeln abgestimmt.**

18. Antrag der Abgeordneten Jan Schiffers, Ulrich Singer, Andreas Winhart u.a. und Fraktion (AfD)
Pull-Faktoren abstellen – Ende des Rechtskreiswechsels für Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine
Drs. 18/25921, 18/27866 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

| CSU | GRÜ | FREIE WÄHLER | AfD | SPD | FDP |
|---|---|---|---|---|---|
| A | A | A | Z | A | A |

19. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Bericht: Warum stockt der Ganztagsausbau in Bayern?
Drs. 18/25938, 18/27923 (A)

**Über den Antrag wird gesondert beraten.**

20. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Albert Duin, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Forschung zur Kernfusion endlich intensivieren
Drs. 18/25939, 18/27912 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

| CSU | GRÜ | FREIE WÄHLER | AfD | SPD | FDP |
|---|---|---|---|---|---|
| A | A | A | Z | A | Z |

21. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Albert Duin, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Aufbau von CCU/S-Technologien zum Schutz von Klima und bayerischer Industrie
Drs. 18/25942, 18/27913 (A)

**Über den Antrag wird gesondert beraten.**

22. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Natascha Kohnen, Inge Aures u.a. SPD
Entlastung für Menschen mit hohen Mieten – Einführung eines Bayerischen Wohngelds
Drs. 18/25981, 18/27902 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

| CSU | GRÜ | FREIE WÄHLER | AfD | SPD | FDP |
|---|---|---|---|---|---|
| A | Z | A | A | Z | A |

23. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Natascha Kohnen, Inge Aures u.a. SPD
Für ein soziales und nachhaltiges Flächenmanagement in Bayern – Einrichtung eines sozialen Bodenfonds zur Unterstützung von Kommunen beim Ankauf von Grundstücken für den Wohnungsbau
Drs. 18/25982, 18/27905 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

| CSU | GRÜ | FREIE WÄHLER | AfD | SPD | FDP |
|---|---|---|---|---|---|
| A | Z | A | A | Z | A |

24. Antrag der Abgeordneten Josef Zellmeier, Bernhard Seidenath, Kerstin Schreyer u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Manfred Eibl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Eigenständige, bayernweite Interessenvertretung im Kosmetiker-Handwerk, Kosmetik als medizinisches Handwerk oder als Gesundheitsfachberuf anerkennen
Drs. 18/26002, 18/27914 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

| CSU | GRÜ | FREIE WÄHLER | AfD | SPD | FDP |
|---|---|---|---|---|---|
| Z | Z | Z | Z | Z | Z |

25. Antrag der Abgeordneten Thomas Huber, Josef Zellmeier, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bayern steht zu seiner Verantwortung – Sprach-Kitas werden fortgesetzt
Drs. 18/26039, 18/27824 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

| CSU | GRÜ | FREIE WÄHLER | AfD | SPD | FDP |
|---|---|---|---|---|---|
| Z | A | Z | Z | ENTH | A |

26. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Johannes Becher u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Endlich umsteuern: Bundesmittel zu 100 Prozent in Kita-Qualität investieren
Drs. 18/26046, 18/27826 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

| CSU | GRÜ | FREIE WÄHLER | AfD | SPD | FDP |
|---|---|---|---|---|---|
| A | Z | A | A | ENTH | ENTH |

27. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Margit Wild, Christian Flisek u.a. SPD
Mehr Schutz, Beratungs- und Ausstiegshilfen in der Prostitution
Drs. 18/26064, 18/27827 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

| CSU | GRÜ | FREIE WÄHLER | AfD | SPD | FDP |
|---|---|---|---|---|---|
| A | Z | A | A | Z | Z |

28. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Paul Knoblach u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Für mehr Tierwohl – Änderungen im Bau- und Genehmigungsrecht unterstützen
Drs. 18/26119, 18/27828 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

| CSU | GRÜ | FREIE WÄHLER | AfD | SPD | FDP |
|---|---|---|---|---|---|
| A | Z | A | A | Z | ENTH |

29. Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Prof. Dr. Ingo Hahn, Andreas Winhart u.a. und Fraktion (AfD)
Verbraucher schützen: Ausbreitung der Vogelgrippe verhindern!
Drs. 18/26121, 18/27911 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

| CSU | GRÜ | FREIE WÄHLER | AfD | SPD | FDP |
|---|---|---|---|---|---|
| A | A | A | Z | A | A |

30. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Martina Fehlner, Annette Karl u.a. SPD
Containern ermöglichen – Lebensmittelverschwendung vermeiden
Drs. 18/26128, 18/27904 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

| CSU | GRÜ | FREIE WÄHLER | AfD | SPD | FDP |
|---|---|---|---|---|---|
| A | Z | A | A | Z | Z |

31. Antrag der Abgeordneten Alexandra Hiersemann, Florian Ritter, Arif Taşdelen u.a. SPD
Menschen mit Migrationsgeschichte wertschätzen. Migrations- und Asylpolitik in Bayern umfassend denken und sozialgerecht ausgestalten
Drs. 18/26161, 18/27867 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

| CSU | GRÜ | FREIE WÄHLER | AfD | SPD | FDP |
|---|---|---|---|---|---|
| A | Z | A | A | Z | Z |

32. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Milchersatz ohne Palmöl – Hochwertige Fütterung von Kälbern in den Kriterien von „Geprüfte Qualität Bayern“ verankern
Drs. 18/26169, 18/27807 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

| CSU | GRÜ | FREIE WÄHLER | AfD | SPD | FDP |
|---|---|---|---|---|---|
| A | Z | A | Z | Z | Z |

33. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Annette Karl, Martina Fehlner u.a. SPD
Praktisches Unkrautmanagement in der konventionellen Landwirtschaft – pragmatische Reaktion auf 50 Prozent weniger Pestizideinsatz
Drs. 18/26193, 18/27808 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

| CSU | GRÜ | FREIE WÄHLER | AfD | SPD | FDP |
|---|---|---|---|---|---|
| Z | Z | Z | Z | Z | Z |

34. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Martina Fehlner, Annette Karl u.a. SPD
Umfassende Evaluierung vorhandener staatlicher Grünflächen hinsichtlich des Biodiversitätspotenzials
Drs. 18/26229, 18/27809 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

| CSU | GRÜ | FREIE WÄHLER | AfD | SPD | FDP |
|---|---|---|---|---|---|
| A | ENTH | A | A | Z | A |

35. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Wolfgang Heubisch, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Mündlicher Bericht zum Sachstand Konzerthaus im Münchner Werksviertel
Drs. 18/26246, 18/27872 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

| CSU | GRÜ | FREIE WÄHLER | AfD | SPD | FDP |
|---|---|---|---|---|---|
| A | Z | A | Z | Z | Z |

36. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Susanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Soziales und Kultur: Hilfen aus dem Härtefallfonds jetzt!
Drs. 18/26247, 18/27906 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

| CSU | GRÜ | FREIE WÄHLER | AfD | SPD | FDP |
|---|---|---|---|---|---|
| A | Z | A | A | Z | ENTH |

37. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Annette Karl, Ruth Müller u.a. und Fraktion (SPD)
Auswirkungen der verschleppten Energiewende und des verzögerten Netzausbaus in Bayern auf bayerische Wirtschaft untersuchen
Drs. 18/26249, 18/27915 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

| CSU | GRÜ | FREIE WÄHLER | AfD | SPD | FDP |
|---|---|---|---|---|---|
| A | Z | A | A | Z | Z |

38. Antrag der Abgeordneten Martin Schöffel, Eric Beißwenger, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Verpflichtende Herkunftskennzeichnung für Fleischprodukte
Drs. 18/26264, 18/27919 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

| CSU | GRÜ | FREIE WÄHLER | AfD | SPD | FDP |
|---|---|---|---|---|---|
| Z | Z | Z | Z | Z | Z |

39. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Hans Urban u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Auswirkungen der EU-Taxonomie-Verordnung auf die bayerische Forstwirtschaft
Drs. 18/26266, 18/27829 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

| CSU | GRÜ | FREIE WÄHLER | AfD | SPD | FDP |
|---|---|---|---|---|---|
| Z | Z | Z | ENTH | Z | Z |

40. Antrag der Abgeordneten Martin Schöffel, Eric Beißwenger, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Umsetzung der TA Luft in Bayern – Tierwohlgerechten Stallumbau, -anbau und -neubau ermöglichen
Drs. 18/26267, 18/27830 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

| CSU | GRÜ | FREIE WÄHLER | AfD | SPD | FDP |
|---|---|---|---|---|---|
| Z | ENTH | Z | Z | ENTH | Z |

41. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Dem Lehrkräftemangel begegnen - wissenschaftliche Kommission zur Zukunft der Lehrkräfteausbildung einsetzen!
Drs. 18/26268, 18/27925 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

| CSU | GRÜ | FREIE WÄHLER | AfD | SPD | FDP |
|---|---|---|---|---|---|
| A | Z | A | A | ENTH | ENTH |

42. Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Volkmar Halbleib u.a. SPD
Lehrkräftemangel bekämpfen I: Konzept für die Umsetzung von A 13
Drs. 18/26325, 18/27926 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

| CSU | GRÜ | FREIE WÄHLER | AfD | SPD | FDP |
|---|---|---|---|---|---|
| A | Z | A | A | Z | Z |

43. Antrag der Abgeordneten Margit Wild, Dr. Simone Strohmayr, Christian Flisek u.a. SPD
Lehrkräftemangel bekämpfen II:
Quer- und Seiteneinstieg ins Lehramt begleiten
Drs. 18/26326, 18/27927 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

| CSU | GRÜ | FREIE WÄHLER | AfD | SPD | FDP |
|---|---|---|---|---|---|
| A | Z | A | A | Z | Z |

44. Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Christian Flisek u.a. SPD
Lehrkräftemangel bekämpfen III:
Referendariat für Quereinsteiger attraktiver gestalten
Drs. 18/26327, 18/27924 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

| CSU | GRÜ | FREIE WÄHLER | AfD | SPD | FDP |
|---|---|---|---|---|---|
| A | Z | A | A | Z | Z |

45. Antrag der Abgeordneten Margit Wild, Dr. Simone Strohmayr, Klaus Adelt u.a. SPD
Lehrkräftemangel bekämpfen IV:
Auf dem Weg zur modernen Schule mit Multiprofessionellen Teams
Drs. 18/26328, 18/27928 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

| CSU | GRÜ | FREIE WÄHLER | AfD | SPD | FDP |
|---|---|---|---|---|---|
| A | Z | A | A | Z | Z |

46. Antrag der Abgeordneten Margit Wild, Dr. Simone Strohmayr, Klaus Adelt u.a. SPD
Lehrkräftemangel bekämpfen V:
Mehr Entlastung durch Verwaltungsangestellte
Drs. 18/26329, 18/27929 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

| CSU | GRÜ | FREIE WÄHLER | AfD | SPD | FDP |
|---|---|---|---|---|---|
| A | Z | A | ENTH | Z | ENTH |

47. Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Doris Rauscher u.a. SPD
Lehrkräftemangel bekämpfen VI: Erfahrung nutzen – Pensionäre an Schulen behalten oder sie zurückholen
Drs. 18/26330, 18/27930 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

| CSU | GRÜ | FREIE WÄHLER | AfD | SPD | FDP |
|---|---|---|---|---|---|
| A | ENTH | A | ENTH | Z | Z |

48. Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Christian Flisek u.a. SPD
Lehrkräftemangel bekämpfen VII:
Flächendeckend Systemadministratoren einstellen
Drs. 18/26331, 18/27931 (A)

**Über den Antrag wird einzeln abgestimmt.**

49. Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Christian Flisek u.a. SPD
Lehrkräftemangel bekämpfen VIII:
Endlich mehr Studienplätze für das Lehramt
Drs. 18/26332, 18/27932 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

| CSU | GRÜ | FREIE WÄHLER | AfD | SPD | FDP |
|---|---|---|---|---|---|
| A | Z | A | ENTH | Z | ENTH |

50. Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Christian Flisek u.a. SPD
Lehrkräftemangel bekämpfen IX:
Maßnahmen gegen Studienabbrüche im Lehramtsstudium umsetzen
Drs. 18/26333, 18/27933 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

| CSU | GRÜ | FREIE WÄHLER | AfD | SPD | FDP |
|---|---|---|---|---|---|
| A | Z | A | ENTH | Z | Z |

51. Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Christian Flisek u.a. SPD
Lehrkräftemangel bekämpfen X:
Mehr Lehrkapazitäten für das Studium der Lehrämter Musik und Kunst
Drs. 18/26334, 18/27934 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

| CSU | GRÜ | FREIE WÄHLER | AfD | SPD | FDP |
|---|---|---|---|---|---|
| A | Z | A | ENTH | Z | Z |

52. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Auswirkungen der gescheiterten Energiewende und des Kern- und Kohleausstiegs in Bayern auf bayerische Wirtschaft untersuchen
Drs. 18/26340, 18/27916 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

| CSU | GRÜ | FREIE WÄHLER | AfD | SPD | FDP |
|---|---|---|---|---|---|
| A | A | A | Z | A | A |

53. Antrag der Abgeordneten Margit Wild, Dr. Simone Strohmayr, Doris Rauscher u.a. SPD
Brückenklassen: musisch-ästhetisches Fach und Sport als Pflichtfächer
Drs. 18/26344, 18/27935 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

| CSU | GRÜ | FREIE WÄHLER | AfD | SPD | FDP |
|---|---|---|---|---|---|
| A | Z | A | A | Z | A |

54. Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Prof. Dr. Ingo Hahn und Fraktion (AfD)
Mehr Hunde- und Katzenfutter in Lebensmittelqualität
Drs. 18/26436, 18/27920 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

| CSU | GRÜ | FREIE WÄHLER | AfD | SPD | FDP |
|---|---|---|---|---|---|
| A | A | A | Z | A | A |

55. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Ralf Stadler, Andreas Winhart u.a. und Fraktion (AfD)
„Windausbau-Beschleuniger“ verhindern – Umwelt- und Artenschutz nicht der Windkraft opfern!
Drs. 18/26437, 18/27921 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

| CSU | GRÜ | FREIE WÄHLER | AfD | SPD | FDP |
|---|---|---|---|---|---|
| A | A | A | Z | A | A |

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 18.04.2023 **Drucksache** 18/**28499**

# Beschluss

**des Bayerischen Landtags**

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Antrag** der Abgeordneten **Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika Sandt, Alexander Muthmann** und **Fraktion (FDP)**
Drs. 18/**25938**, 18/**27923**

**Bericht: Warum stockt der Ganztagsausbau in Bayern?**

Ablehnung

Die Präsidentin
I.V.

**Alexander Hold**
III. Vizepräsident

*Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.*

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring
Abg. Matthias Fischbach
Abg. Gudrun Brendel-Fischer
Abg. Gabriele Triebel
Abg. Tobias Gotthardt
Abg. Oskar Atzinger
Abg. Doris Rauscher

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring**: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 12** auf:

**Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)**
**Bericht: Warum stockt der Ganztagsausbau in Bayern? (Drs. 18/25938)**

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 32 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. – Ich erteile Herrn Kollegen Matthias Fischbach von der FDP-Fraktion das Wort.

**Matthias Fischbach** (FDP): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Warum stockt der Ganztagsausbau in Bayern? Das wollen wir durch diesen Berichtsantrag erfahren. Nach den normalen parlamentarischen Gepflogenheiten wäre es eine Selbstverständlichkeit gewesen, dem zuzustimmen, meine sehr geehrten Damen und Herren. Gerade deshalb macht es mich skeptisch, warum man diesen Antrag abgelehnt hat. Was ist der Grund, warum man dem nicht zustimmen kann?

Das Thema Ganztagsausbau ist ein ganz relevantes, weil wir den Rechtsanspruch ab 2026 gerade im Grundschulbereich haben werden. Wir müssen uns also wirklich Gedanken machen, wie wir uns darauf vorbereiten können. – Das sollte übrigens auch Sie interessieren, liebe Kolleginnen und Kollegen von den FREIEN WÄHLERN, weil Sie den Kultusminister stellen.

Wenn wir jetzt die Zahlen betrachten, die Ende vergangenen Jahres bundesweit erhoben worden sind, dann müssen wir leider feststellen: Bayern hat 81 % der Bundesmittel – 81 %! – nicht abgerufen. Das ist – ich sage das, um die Bedeutung dieser Zahl zu verdeutlichen – kein Pappenstiel. Über 94 Millionen Euro Steuergeld, die Bayern zur Verfügung gestanden hätten, sind jetzt weg, das heißt, sie werden jetzt bundesweit neu verteilt, an andere Bundesländer.

Sie von der CSU regen sich doch regelmäßig über den Länderfinanzausgleich auf und verweisen darauf, wie viele Millionen dafür abfließen. Aber an dieser Stelle geben Sie das Geld freiwillig her? Das ist aus meiner Sicht nicht nachvollziehbar.

Wenn wir uns andere Bundesländer anschauen und fragen, ob der Grund vielleicht ein spezielles Problem mit diesem Förderprogramm war, kommen wir zu dem Ergebnis: Nein! Andere Bundesländer wie Bremen, Hamburg, Baden-Württemberg, das Saarland und Sachsen-Anhalt haben über 98 % der Mittel abgerufen. Das heißt, in Bayern ist offensichtlich irgendetwas faul. Deswegen ist es berechtigt – gerade jetzt, nach Vorliegen der finalen, endgültigen Zahlen zu diesem Förderprogramm –, hier nachzufragen, was damit ist. Wir müssen diese neuen Informationen hinterfragen und überlegen, was die Lösung sein könnte.

Gerade von Ihnen von der Koalition hätte ich mehr erwartet als die Antwort: Die Kommunen sind schuld. Sie haben es halt nicht abgerufen. Wir haben es ihnen lange genug angeboten. Vielleicht hätten wir es noch ein paar Monate länger anbieten können.

Das kann doch nicht die Erklärung sein! Sie von den FREIEN WÄHLERN und der CSU behaupten ja immer, so nahe an den Kommunen zu sein. Dann müssten Sie es doch genau wissen. Erklären Sie es uns doch! Sie können doch einfach diesem Berichtsantrag zustimmen und warten, bis die Antwort kommt. Mich interessiert es wirklich. Ich habe natürlich eine Vermutung. Wenn ich immer höre, Bayern sei Familienland Nummer eins, dann aber sehe, dass wir Ganztagsförderungsland Nummer 16 sind, dann stimmt doch irgendetwas nicht.

Damit bin ich bei Fragenkomplex Nummer zwei. Es kann ja sein, dass es nicht nur am Programm des Bundes lag, sondern dass wir in Bayern so toll sind und noch viele andere, eigene Mittel hineinstecken, um den Ganztag zu fördern. Auch diesen Teil unseres Berichtsantrags, der sich den Fragen widmet, wo wir in Bayern beim Ganztagsausbau stehen und wie wir diesen weiterentwickeln können, wollen Sie also nicht

unterstützen. Das ist bezeichnend. Wenn Sie doch so viele Erfolge errungen haben, dann kann die Staatsregierung doch antworten, dass wir Nummer eins sind.

Ich frage mich auch, warum Sie den dritten Teil dieses Berichtsantrags, der sich um die Entwicklung der Förderkulisse dreht, nicht unterstützen. Das ist der entscheidende Punkt. Ich habe gestern im Gemeinderat die Eckpunkte – Ende des vergangenen Monats ist ein Eckpunktepapier zur Ganztagsförderung herausgekommen; ich glaube, das war schon die dritte Überarbeitung – vorgelegt und gefragt, ob wir die Ganztagsplätze ausbauen wollen. Die anderen Gemeinderatsmitglieder haben geantwortet: Jetzt ist erst einmal gut. Endlich ist die Förderung der verlängerten Mittagsbetreuung im Rahmen des Rechtsanspruchs zuerkannt worden. – Darum haben die Gemeinden übrigens lange gebettelt.

Das Problem ist eigentlich, dass wir nicht nur die Investitionskosten haben, sondern auch den laufen Betrieb sichern müssen. Das ist eben das Thema.

Früher waren für eine Gruppe 6.500 Mark vorgesehen – Mark! Heute sind es 3.323 Euro. Die Inflation ist also in der Berechnung der Kosten für die Mittagsbetreuung in den vergangenen Jahren nicht wirklich berücksichtigt worden; die Mittel wurden nicht erhöht. Dadurch entstehen Probleme. Das sagt nicht nur mein Gemeinderat. Das sagen auch – ich verweise auf den offenen Brief vom 22. März; ich bin gespannt, wann die Antwort kommt – die Freie Wohlfahrtspflege Bayern, der Bayerische Jugendring und die LAG Jugendsozialarbeit; auch sie klagen über zu niedrige Fördersätze. Um 100 % müssten sie allein für die Mittagsbetreuung erhöht werden, um über 30 % für den offenen Ganztag. Insoweit liegt vieles im Argen.

Erklären Sie uns, woran es liegt! Wenn Sie es auch wissen wollen, dann stimmen Sie zu. Wenn Sie glauben, wir hätten nicht recht, dann belehren Sie uns eines Besseren. Stimmen Sie zu! Beim Ganztag müssen wir auf jeden Fall über Quantität reden, aber auch über Qualität. Deswegen bitte ich noch einmal um Unterstützung.

(Beifall bei der FDP)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring**: Danke schön. – Vor der nächsten Rednerin gebe ich bekannt, dass die AfD-Fraktion für den nächsten Tagesordnungspunkt, konkret: Tagesordnungspunkt 14, namentliche Abstimmung beantragt hat.

Das Wort hat nun Frau Kollegin Gudrun Brendel-Fischer von der CSU-Fraktion.

**Gudrun Brendel-Fischer** (CSU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der vorliegende Antrag befasst sich im Wesentlichen mit genau den Fragen, die bereits mehrmals erörtert bzw. beantwortet wurden, und zwar sowohl im sozialpolitischen als auch im Bildungsausschuss. Zudem liegt seit Ende März ein Infoblatt der Staatsregierung vor, das auch den Abgeordneten übermittelt wurde.

Dass von den Beschleunigungsmitteln – das waren 750 Millionen Euro von insgesamt 3,5 Milliarden Euro, die der Bund zur Verfügung stellt – weniger abgerufen wurde, als wir uns das vielleicht gewünscht hätten, steht außer Frage. Das gilt aber auch für andere Bundesländer, für die einen mehr, für die anderen weniger.

Fakt ist, dass die Kommunen über diese Fördermöglichkeit rechtzeitig informiert wurden; dazu habe ich hier vor Kurzem schon ausführen dürfen. Bayern hat nichts verschlafen.

Fakt ist auch, dass es letztlich die enge Fristsetzung des Bundes war, die den schwachen Mittelabfluss maßgeblich verursacht hat.

Natürlich haben Sie recht, wenn Sie sagen: Den anderen Bundesländern war der Zeitraum wohl nicht zu kurz. – Fakt ist aber auch, dass Bayern mit bestimmten Förderprogrammen in Vorleistung gegangen war und der Aufbau bzw. Zubau von Plätzen hier bereits vonstattengegangen ist.

Auch das möchte ich klar sagen: Wir in Bayern hatten natürlich auch, bedingt durch die Pandemie und den Ukrainekrieg, eine Verunsicherung, sodass sich die Kommunen, das heißt die Gemeinderäte, nicht unbedingt mit größeren Geldausgaben beschäftigt haben. Bayern hatte vielleicht auch ein größeres Problem dadurch, dass Fir-

men für die Umsetzung nicht zur Verfügung standen bzw. die Pläne nicht in Gang gesetzt werden konnten. Daher möchte ich unsere Kommunen nicht beschimpfen – um Gottes willen! –, sondern in Schutz nehmen. Zudem waren schon andere, bayerische Förderprogramme genutzt worden.

Es dauerte auch lange, bis die Bund-Länder-Vereinbarung ausgehandelt war. Bayern hatte sie im Oktober 2020 unterzeichnet; aber erst am 28. Dezember waren alle Bundesländer komplett dabei. Die Bundesmittel wurden in voller Höhe – über eine bayerische Förderrichtlinie vom 23. Februar 2021 – den kommunalen Schulaufwandsträgern öffentlicher Schulen, den kommunalen Trägern der Mittagsbetreuung usw. zur Verfügung gestellt.

Leider ließ der Bund eine Verlängerung der Beantragungsfrist nicht zu, obwohl dies von Bayern mehrmals angemahnt worden war.

(Zuruf des Abgeordneten Matthias Fischbach (FDP))

– Um ein Jahr hatte er die Verausgabungsfrist verlängert, aber nicht die Beantragungsfrist. Auch das war ein Problem; denn darauf haben sich die Kommunen natürlich erst einmal gestürzt. Weder die damalige Bundesministerin Giffey noch ihre Nachfolgerin haben sich damit befasst.

Der Vorstoß der bayerischen Sozialministerin vom Mai 2022 zielte darauf, die Deadline für die Verausgabung der Mittel auf Ende 2023 festzusetzen. Auch das fand kein Gehör; die Verausgabung musste bis Ende 2022 erfolgen.

Jetzt zur Förderkulisse: Die Kommunen sind natürlich gefordert, dranzubleiben; die Staatsregierung muss sie dabei intensiv begleiten; ich verweise auf die Steuerungsgruppe der beiden Häuser, des Sozial- und des Kultusministeriums. Wir haben immer gesagt: Wir finden es gut, dass beide Ressorts hierfür zuständig sind. – Aber sie müssen natürlich gut zusammenarbeiten.

Für die konkrete Umsetzung des Rechtsanspruchs sind die Kommunen gefordert. Auch unseren Bürgermeistern und den übrigen kommunal Verantwortlichen muss also klar sein, dass sie insoweit in die Gänge kommen müssen. Dem Freistaat stünden an sich noch 460 Millionen Euro zur Verfügung. Die Restmittel, also die Mittel, die von den Beschleunigungsmitteln noch übrig waren, sind nach dem Königsteiner Schlüssel verteilt worden. Ein Teil davon ist also auch Bayern zugeordnet worden, sodass es noch einmal 32 Millionen Euro für uns gibt. Aber auch diese Mittel müssen bis Ende 2026 gebunden und bis Ende 2027 verausgabt sein.

Daher ist es zwar so, dass wir hier keine Panik machen dürfen – wie es die Opposition gern macht. Aber wir alle miteinander sind doch aufgefordert, unsere Bürgermeister, unsere kommunal Verantwortlichen auf die Fristen aufmerksam zu machen und sie anzuschieben, sodass sie starten.

Was die Investitionskostenförderung angeht, so sind die Zahlen bekannt: 6.000 Euro pro Platz in Angeboten der Kinder- und Jugendhilfe, 4.500 Euro pro Platz in einer Kombi-Einrichtung – wir haben ja die Möglichkeit der Ganztagsbetreuung in Kooperation zwischen Trägern und Kommunen neu geschaffen – und 4.500 Euro pro Platz in Angeboten unter Schulaufsicht.Das sind bisher die mehreren. Die meisten der Kinder, die momentan bereits in einer Ganztagsversorgung stecken, sind also im schulischen Kontext untergebracht.

Der Bayerische Ministerrat hat am 20. Dezember des letzten Jahres die Eckpunkte für das "Landesförderprogramm Ganztagsausbau" beschlossen. Bayern hat im Übrigen die zweite Verwaltungsvereinbarung kurz nach der Fertigstellung im Bund unterschrieben. Das gelingt im Übrigen nicht allen Bundesländern immer zeitnah. Wir sind nicht immer die Letzten, auch wenn das hier immer gerne so dargestellt wird.

Damit die bayerische Richtlinie nun auch rasch zum Laufen kommen kann, wird jetzt bereits vorbereitet und innerhalb der Staatsregierung alles mit den kommunalen Spitzenverbänden abgestimmt und dem Bund der Plan für die konkrete Umsetzung vorge-

legt. Die Kommunen haben jetzt die Möglichkeit – und mehrere Kommunen haben das bereits getan –, Unbedenklichkeitsbescheinigungen zu beantragen, die ihnen erlauben, mit der Maßnahme zu beginnen, ohne dadurch die Zusatzförderung zu gefährden. Auch das war wichtig.

Was jetzt noch wichtig ist: Alle Beteiligten sind informiert. Es kann also niemand sagen, er weiß nichts von diesem Förderszenario. Ich darf Sie alle noch einmal bitten, damit die Basismittel des Programms auch weiterhin gut genutzt werden, alle die Werbetrommel zu rühren, statt uns immer nur den Vorwurf zu machen, dass hier etwas schiefläuft.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring**: Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Gabriele Triebel von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

**Gabriele Triebel** (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Je später der Abend, desto wichtiger scheinen die Themen zu werden, die auf der Tagesordnung stehen. Heute sprechen wir einmal mehr über den Ganztag. Der vorliegende Berichtsantrag hat das Ziel, herauszufinden, wieso in Bayern – Herr Kollege Fischbach hat es erklärt – nur knapp 20 % des ersten Investitionsprogramms des Bundes für den Ganztagsausbau abgerufen worden sind. Es geht also nicht darum, anzuklagen oder Asche auf das Haupt einiger Minister*innen zu streuen oder zu fordern. Nein, die Opposition will und muss einfach wissen, woran es in der Staatsregierung gehakt hat, weshalb die vom Bund bereitgestellten Mittel nur zu so einem geringen Anteil abgerufen und genutzt wurden.

Die Erklärung, dass Sie von der CSU davon nichts gewusst hätten, fällt schon einmal weg; denn Sie waren selbst noch Teil der Bundesregierung, als die Bundesmittel beschlossen wurden. Ich frage Sie also, und diese Antwort haben Sie uns leider immer noch nicht gegeben, Frau Kollegin Brendel-Fischer: Was sind denn wirklich die Gründe dafür, dass die meisten bayerischen Kommunen von diesem Programm nichts ge-

wusst haben? Wenn Sie in die Schulen gehen – ich weiß nicht, in wie vielen Schulen ich war –, dann stellen Sie fest, dort haben erstens die Schulleiter und zweitens die entsprechenden Sachaufwandsträger von diesem Programm überhaupt nichts gewusst.

Zudem gibt es bei diesem Programm bzw. überhaupt im Ganztag noch ganz andere drängende Fragen, die im Raum stehen und die bearbeitet und beantwortet werden müssen. Warum bewerben Sie die neue Ausbildung zur Ganztagsfachkraft denn nicht richtig? Wieso machen Sie das nur so halbherzig, dass draußen eigentlich kaum jemand weiß, hier gibt es eine neue Ausbildung? Warum haben Sie den kooperativen Ganztag nicht schon längst in die Fläche gebracht? Das ist doch das von Ihnen präferierte Modell, nicht wahr? Warum haben Sie immer noch kein Ausführungsgesetz vorgelegt, das die Rahmenbedingungen vor allem in qualitativer Hinsicht für den Ganztag in Bayern setzt?

Als Mitglied dieses Landtags sind das für mich eklatante Versäumnisse, Versäumnisse, die fast schon den Geschmack von Arbeitsverweigerung haben – eine Arbeitsverweigerung, die auf Kosten unserer Kinder geht und auf dem Rücken von Familien und vor allem von Frauen ausgetragen wird.

(Beifall bei den GRÜNEN und der FDP)

Wir und auch Sie wissen, dass ein guter Ganztag mehr Chancengerechtigkeit bringt. Ein guter Ganztag ist ein wichtiger Baustein in einer guten Familien- und Frauenpolitik. Es ist mir schleierhaft, warum Sie genau dieses Potenzial des guten Ganztags nicht umsetzen und überhaupt nicht erkannt haben, warum Sie diese Chance nicht ergreifen und alles Notwendige dafür beherzt zum Wohle der Kinder und der Familien in Bayern umsetzen. Oder ist ein Rollback in unserer Gesellschaft tatsächlich Teil Ihrer Philosophie? – Wir alle wissen, dass fehlende Ganztagsplätze vor allem Frauen dazu bringen, aus der Erwerbstätigkeit auszusteigen. Fehlende Ganztagsplätze – und die

riskieren wir gerade – werden zulasten der Frauen gehen. Das können wir so nicht hinnehmen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der FDP)

Damit riskieren Sie gerade für die Familien ein finanzielles Desaster, die auf zwei Gehälter angewiesen sind. Sie verwehren Kindern mehr Chancengerechtigkeit. Eine derart rückwärtsgewandte Familien- und Frauenpolitik hat Bayern einfach nicht verdient. Das muss ich hier sagen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Und eines muss ich Ihnen auch noch sagen: Die mehr als 90 Millionen Euro, die Bayern aufgrund der Versäumnisse der Staatsregierung an den Bund zurückgeben musste, werden gar nichts sein im Vergleich zu dem gesellschaftlichen Schaden, den Sie anrichten, wenn Sie in Sachen Ganztag nicht aufwachen und endlich die Ärmel hochkrempeln.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN und der FDP)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring**: Das Wort hat nun Herr Kollege Tobias Gotthardt von der Fraktion der FREIEN WÄHLERN.

**Tobias Gotthardt** (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Erst einmal zu Herrn Kollegen Fischbach. Wenn er sich jetzt wieder einmal darüber aufregt und sich darüber echauffiert, dass wir im Ausschuss seinen Berichtsantrag abgelehnt haben, so möchte ich Folgendes sagen: Wir tun das tatsächlich selten, Herr Kollege Fischbach. Aber, ganz ehrlich, Herr Kollege Fischbach, wir haben allein in unserem Ausschuss im letzten Jahr viermal die Kolleginnen des Kultusministeriums und des Sozialministeriums lange, lange Zeit für einen Austausch dagehabt, bei dem Sie alle Fragen stellen konnten. Sie konnten alle Fragen stellen, und alle Fragen wurden beantwortet. Dann ist doch ein solcher Antrag, wie Sie ihn hier ge-

stellt haben, eine Doppelarbeit, die Sie verursachen, die es nicht braucht und die wir vollkommen zu Recht abgelehnt haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zu allen anderen Kolleginnen und Kollegen der Opposition, die hier wieder geschimpft und die übelsten Bilder des Ganztags in Bayern gemalt haben: Ganz ehrlich, ich sagen Ihnen eines: Ja, der Ganztag und das in Berlin beschlossene Recht auf Ganztag ab 2026 sind eine Herausforderung. Wir befinden uns auf einer Baustelle. Aber während wir, die wir aus der Regierungskoalition kommen, auf dieser Baustelle arbeiten, sind Sie diejenigen, die am Rand der Baustelle stehen und uns vorwerfen, dass wir dreckige Hände haben, aber das Dach noch nicht drauf ist, obwohl wir arbeiten. Wir arbeiten für den Ganztag in Bayern, ihr steht am Rand und schimpft.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Und dann kommt immer dieser Vorwurf, wir hätten in Bayern nicht den Ganztag: Wir haben den Ganztag in Bayern. Ich weiß nicht, mit wem ihr redet, aber wenn ihr mit den Bürgermeistern redet, wenn ihr mit den kommunalen Spitzenverbänden redet, dann werden die euch sagen: Ja, wir sehen die Herausforderung des Ausbaus beim Ganztag, wir sehen sie, wir machen es.

(Gabriele Triebel (GRÜNE): Zu langsam!)

Ich verbitte mir, dass Sie unseren Kommunen vorwerfen, dass sie den Ganztag nicht ernst nehmen würden. Unsere Kommunen nehmen den Ganztag ernst und auch das Recht auf den Ganztag. Sie nehmen auch die Bedarfe ernst, die es in den Kommunen gibt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Also redet nicht dauernd alles schlecht. Außerdem, Frau Kollegin Triebel, uns eine rückwärtsgewandte Frauenpolitik in Bayern zu unterstellen, das ist eine Unterstellung

unglaublicher Art. Ganz ehrlich, wir leisten alles, um Frauen wie Männern die Möglichkeit zu geben, Beruf und Familie zu vereinbaren und unseren Kindern die bestmögliche Betreuung im Ganztag zu bieten. Das tun wir, und ich wiederhole es hier noch einmal: Berlin wollte den Ganztag, wir machen den Ganztag in Bayern, und zwar mit Hand, Herz und Verstand!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: Bravo! – Gabriele Triebel (GRÜNE): Dann los!)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring**: Herr Gotthardt, bitte bleiben Sie noch am Rednerpult. Es gibt eine Zwischenbemerkung des Kollegen Matthias Fischbach von der FDP-Fraktion.

**Tobias Gotthardt** (FREIE WÄHLER): Wahrscheinlich zum Abrufen der Fördergelder, vermute ich.

(Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring**: Herr Fischbach hat das Wort.

**Matthias Fischbach** (FDP): Herr Kollege, ich könnte jetzt natürlich auch fünf Statistiken abfragen, aber das habe ich nicht vor. Ich muss aber auf ein paar Punkte eingehen, die Sie genannt haben.

Sie haben gesagt, es gab letztes Jahr Anhörungen, da hätte man Fragen stellen können. Erstens bin ich keiner, der sich mit Fragen zurückhält. Das wissen Sie als Ausschussvorsitzender ganz genau. Zweitens. Es geht doch darum, dass es damals keinen Zwischenstand gab, über den man diskutieren konnte. Jetzt geht es darum, dass wir ein Endprodukt dieses Fördersystems haben und Bayern dabei schlecht dasteht, sodass wir jetzt Erklärungen haben wollen. Sie haben gesagt, Sie arbeiten hier, während wir nur kritisieren. Wir würden auch gerne arbeiten, deshalb brauchen wir eine Arbeitsgrundlage, und das ist die Information, die wir mit diesem Berichtsantrag haben

wollen.Warum verweigern Sie uns und diesem Parlament diese gemeinsame Arbeitsgrundlage? Ich verstehe das nicht.

**Tobias Gotthardt** (FREIE WÄHLER): Weil die Frage, die Sie uns unentwegt stellen, wie weit der Ausbau des Ganztags in den einzelnen über 2.000 Kommunen ist, keine Frage ist, die Sie der Bayerischen Staatsregierung stellen müssen, sondern die Frage ist im Grunde jeder einzelnen Kommune zu stellen. Ich kann Ihnen sagen, dass wir alle, die wir hier sitzen, von den FREIEN WÄHLERN bis zur CSU, die allermeisten Kommunen in Bayern abdecken, weil jeder von uns irgendeinen Kollegen hat, der Bürgermeister in irgendeiner Gemeinde ist.

(Zurufe der Abgeordneten Gabriele Triebel (GRÜNE) und Matthias Fischbach (FDP))

Alle diese Bürgermeister sagen uns, dass sie entweder gerade eben bedarfsgerecht ausgebaut haben oder im letzten Jahr mit einer Landesförderung sehr gut ausgestattet worden sind und gebaut haben – das hatte die Kollegin Brendel-Fischer auch gesagt – oder aber auf die zweite Förderwelle mit 240 Millionen Euro warten, die jetzt kommt und die das Verfahren noch einmal deutlich vereinfacht. Das war der Punkt, über den die Bürgermeister gesagt haben: Vereinfacht es noch weiter! Ermöglicht uns Doppelnutzungen! Ermöglicht uns den Zubau jenseits des Schulgrundstücks! Ermöglicht uns auch kleine Sanierungen in den Schulgebäuden! – All das haben wir in dem neuen Landesförderprogramm möglich gemacht. Also, wir hören auf die Bürgerinnen und Bürger und die Bürgermeister und tun gemeinsam mit ihnen das, was sinnvoll ist für den Ganztag in Bayern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Bravo!)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring**: Der nächste Redner ist der Abgeordnete Oskar Atzinger für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

**Oskar Atzinger** (AfD): Geehrtes Präsidium, Kolleginnen und Kollegen! Tempus fugit – die Zeit verrinnt. Schon in gut drei Jahren gibt es auch in Bayern den Rechtsanspruch für die Ganztagsbetreuung von Grundschulkindern; aber der Ausbau kommt anscheinend nicht recht in Gang. Ja, auch wir wollen wissen, warum der Ganztagsausbau in Bayern stockt. Warum werden staatliche Mittel in so geringem Maße abgerufen wie in sonst keinem anderen Bundesland? Ich halte die Möglichkeit zur Ganztagsbetreuung für ein geeignetes Mittel, damit wieder mehr deutsche Kinder in Deutschland geboren werden,

(Beifall bei der AfD – Margit Wild (SPD): Aufhören! Es reicht! – Zurufe von der SPD: Oh!)

und somit dienlich, der Umvolkung entgegenzuwirken.

(Beifall bei der AfD – Margit Wild (SPD): Entsetzlich!)

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring**: Als Nächste hat die Kollegin Doris Rauscher für die SPD-Fraktion das Wort.

**Doris Rauscher** (SPD): Also nach diesem Redebeitrag muss man erst einmal tief durchatmen. – Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Schon vor ungefähr einem Monat hat die SPD-Landtagsfraktion genau zu diesem Thema den Dringlichkeitsantrag "Beschleunigungsprogramm Ganztagsbetreuung – woran hakt's?" eingebracht. Diese Frage wirft berechtigterweise auch die FDP auf. Sie fordert einen Bericht, warum der Ganztagsausbau in Bayern einfach nicht vorankommt.

Nein, Herr Gotthardt, Sie tun nicht alles für den Ganztagsausbau.

(Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Doch!)

Sie tun nicht alles für die Familien.

(Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Doch!)

Nein, das ist Fakt!

(Beifall bei der SPD)

Die Expertinnen und Experten und auch die Staatsregierung gehen davon aus, dass der Bedarf in den nächsten Jahren deutlich zunehmen wird, und zwar wird er etwa bei 80 % in Bayern liegen. Momentan stehen Plätze im Umfang von ungefähr 38 % zur Verfügung. Der Bedarf liegt jetzt aber schon bei ungefähr 50 % und steigt weiter. Junge Familien sagen jetzt schon – das sind Informationen aus Studien, die uns vorliegen –, Beruf und Familie sind für sie nur sehr schwer vereinbar, weil sie eben die Anschlussbetreuung in der Grundschulzeit, die sie für ihre Kinder bräuchten, nicht passgenau finden.

Fakt ist auch, dass die Gelder, die vom Bund über das Beschleunigungsprogramm Ganztagsausbau zur Verfügung gestellt wurden, wie schon gesagt wurde, nicht wirklich gut abgerufen wurden. Bayern ist dahin gehend tatsächlich Schlusslicht. Es ist klar, dass die Staatsregierung die Gelder nicht direkt abgerufen hätte – wir alle kennen die Systematik. Aber man hätte mit diesen Geldern wirklich sehr gute Dinge machen können. Man hätte Gebäude bauen können. Man hätte Möbel, Spiel- und Sportgeräte kaufen können. Es hätte saniert werden können. Allein die Vorstellung, was mit diesem Geld in Bayern hätte passieren können, ist einfach enorm. All das hat nicht stattgefunden.

Der Punkt, dem wir als SPD-Fraktion auf den Grund gehen wollen, dem sich auch die FDP-Fraktion anschließt, ist die Frage: Warum hat es denn nicht funktioniert? Dann hörten wir im Bildungsausschuss, ich glaube, es war Frau Brendel-Fischer, die einfache Aussage: Na ja, die Abfrage bei den Kommunen wäre viel zu aufwendig gewesen.

Ganz ehrlich, liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Mühe muss ich mir doch machen! Es muss doch in Ihnen als Staatsregierung der politische Wille stecken, diesen Ausbau für die Kinder im Grundschulalter passgenau bis 2026 und darüber hinaus auf den Weg zu bringen.

(Beifall bei der SPD)

Dieser Wille fehlt Ihnen einfach. Deswegen muss Ihnen doch dieser Anspruch, zu berichten, zu schauen, zu beantworten, woran es hakt, also in die Analyse zu gehen, ein wirkliches Anliegen sein. Das vermisse ich bei denen, die im Moment hier politische Verantwortung tragen.

Ich habe die große Sorge, dass der Ganztagsausbau für die Grundschulkinder nicht funktionieren wird. Ich verstehe auch nicht, warum in der Debatte im Bildungsausschuss von der Kollegin Brendel-Fischer die Äußerung kam, Bayern sei vielleicht nicht so auf die Fördergelder angewiesen wie andere Bundesländer. Manchmal nimmt man sie gern, manchmal ist man nicht auf sie angewiesen – Sie drehen sich das auch so hin, wie es Ihnen gerade recht ist.

Wir wollen Ihren politischen Willen sehen, ansonsten machen wir das künftig selber. Wir wollen ein ordentliches Konzept. Wir wollen eine ordentliche Kommunikation mit den Kommunen und vor allem Tempo. Drücken Sie auf die Tube! Gehen Sie in die Analyse, damit es künftig einfach besser läuft!

(Beifall bei der SPD)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring**: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Bildung und Kultus empfiehlt die Ablehnung des Antrags.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag der FDP-Fraktion zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der AfD, der SPD und der FDP sowie der fraktionslose Abgeordnete

Busch. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER sowie die fraktionslosen Abgeordneten Bayerbach, Klingen und Sauter. Enthaltungen? – Das ist der fraktionslose Abgeordnete Plenk. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.